

Ausländerbeirat beschließt Resettlement-Empfehlung an den Stadtrat

Ein weiterer Baustein für eine Save-me-Kampagne in Augsburg

Nachträglich wollen wir ein wichtiges Dokument zur Verfügung stellen, das uns zum Zeitpunkt seines Beschlusses nicht zugänglich war. Damit liegen nun spätestens seit Juli dieses Jahres vom Agenda-Beirat, dem Ausländerbeirat und Flüchtlingsorganisationen/-Einrichtungen ausformulierte Beschlussempfehlungen an den Stadtrat vor. Es geht um die dringend nötige Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen im sogenannten „Resettlement-Verfahren“, auch in Deutschland, auch in Bayern und auch in Augsburg.

Seit Juli wird diese politische Initiative, die der Stadtrat nur aufgreifen müsste, in den städtischen Referaten hin- und hergeschoben und vom Stadtrat verschleppt. Auch von der Linken liegt kein Antrag im Stadtrat vor, nicht einmal eine Information der Mitglieder. So schindet man wertvolle Zeit – ein halbes Jahr schon! – und lässt die Flüchtlinge in Jordanien, Syrien und sonst wo darben.

Nach Erkundigungen unserer Redaktion war nun zu hören, dass im Januar im Sozialausschuss des Stadtrats darüber gesprochen werden soll. Das wäre erfreulich und aussichtsreich, da z.B. auch in München dem einstimmigen (!) Stadtratsbeschluss eine positive Beratung im Sozialausschuss voranging. Das geschah bereits am 19.6.2008 auf Antrag der Grünen. Im Augsburger Sozialausschuss lag bisher kein Antrag der Grünen vor (warum eigentlich nicht?). Erst gestern hat man wieder eine Sitzung des Jugend-, Sozial- und Wohnungsausschuss vorübergehen lassen, ohne dass das Thema auf der Tagesordnung stand. In diesem Ausschuss sitzen mit Dieter Ferdinand (Grüne) und Ulrike Bahr (SPD) Stadträte, von denen man eigentlich eine positive und aktive Haltung zur Save-me-Kampagne des bayerischen Flüchtlingsrats erwartet. Im Ausländerbeirat, der nach unseren Informationen schon im Juli über das Thema beraten hat oder beraten wollte, sitzen Mitglieder der Stadtratsfraktionen. Die Parteien könnten also schon seit vielen Monaten Bescheid wissen.

Inzwischen liegen die Ergebnisse des Rats „Justiz und Inneres“ der EU vom 27. November vor:

The Council furthermore invited Member States to welcome Iraqi refugees. Welcome should be offered on a voluntary-basis, in accordance with the hosting capacity of the Member States, and in light of the efforts already made in these countries to host refugees. The target could be to welcome 10 000 refugees.¹

Der Geschäftsführer Günter Burkhardt von Pro Asyl bezeichnet den EU-Aufnahmebeschluss als „Kleinmut mit Verspätung“:

Als unzureichend betrachtet die bundesweite Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL die von Deutschland angekündigte Aufnahme von 2.500 irakischen Flüchtlingen. Hunderttausende kämpfen im Irak und in den Nachbarstaaten ums Überleben, vegetieren in erbärmlichen Lagern. Die im Frühjahr andiskutierte Aufnahme von Irakern - aus den Kirchen wurde eine Aufnahme von 30.000 gefordert - ist nun auf eine beschämend geringe Zahl reduziert worden und selbst dies ist bislang nur ein Versprechen.

Das angekündigte Aufnahmekontingent von 10.000 Flüchtlingen für die gesamte EU ist angesichts von mehr als zwei Millionen Irakern in den Erstaufnahmestaaten Syrien und Jordanien, von denen viele in bedrängter Situation sind, mehr als dürftig. Immerhin soll die Tür der Festung Europa für Flüchtlinge aus dem Irak einen Spalt breit geöffnet werden. Von einer Solidarität mit Syrien und Jordanien kann bei einer Aufnahme von 10.000 Menschen durch die EU aber keine Rede sein. "Gemessen an der Größe und der Integrationsfähigkeit Deutschlands und anderer europäischer Staaten, ist der Beschluss der Innenminister kleinmütig", sagt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.²

¹ http://www.eu2008.ffr/PFUE/site/PFUE/lang/en/resultats_JAI

² <http://www.save-me-kampagne.de/newsleser/items/kleinmut-mit-verspaetzung.html>

Pro Asyl ruft Städte und Kommunen dazu auf, ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen und öffentlich zu erklären und sich an München und Aachen ein Beispiel zu nehmen:

Allein der aller dringendste Resettlementbedarf für Notfälle dürfte bereits über 60.000 Personen liegen. Es wäre fatal, wenn die EU jetzt unter Berufung auf UNHCR die falsche Hoffnung verbreitete, die Aufnahme von 10.000 Menschen sei eine effektive Hilfe in der größten Flüchtlingskrise in der Region seit 1948.

PRO ASYL ruft Städte und Kommunen dazu auf, ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen öffentlich zu erklären. In einer Reihe von Städten gibt es bereits "Save-me-Initiativen". Weitere Städte müssen dem Beispiel von München und Aachen folgen und ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen erklären.

PRO ASYL fordert eine schnelle und unbürokratische Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge an den Ort ihrer Wahl. Keinesfalls dürfen sie dann in Deutschland in Massenlagern isoliert werden. Eine gelingende Integration setzt Freizügigkeit, Zugang zum Arbeitsmarkt und einen auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus voraus.

Nun zum vorliegenden Beschluss des Ausländerbeirats (die Beschlussvorlage datiert vom 7.7.2008), dessen sich jetzt irgend ein Referat, Ausschuss, Stadträtin oder Stadtrat erbarmen sollte, denn ein bayerischer Ausländerbeirat ist ja nicht selbst antragsberechtigt im Stadtrat:

„Dem Stadtrat der Stadt Augsburg wird empfohlen zu beschließen:

1. Der Augsburger Stadtrat regt gegenüber der Bundesregierung an, die nötigen politischen Entschlüsse zu fassen, Flüchtlinge, die in ein Nachbarland geflohen sind und vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) als schutzbedürftig eingestuft wurden, im so genannten „Resettlement-Verfahren“ aufzunehmen. Dies soll im Interesse der Flüchtlinge baldmöglichst und unabhängig von Entscheidungen der Europäischen Union erfolgen.
2. Die Bayerische Staatsregierung, die Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, der Deutsche Städtetag und der Bayerische Städtetag werden durch den Oberbürgermeister um Unterstützung dieser Anregung gebeten.
3. Wenn sich die Bundesregierung entschließt, ein Flüchtlingskontingent aufzunehmen, erklärt sich die Stadt Augsburg bereit bis zu 300 Flüchtlinge aufzunehmen. Dies geschieht im üblichen Verfahren. Da in Augsburg bereits gute Strukturen der Assyrer bestehen, wäre eine besondere Berücksichtigung dieser Gruppe jedoch wünschenswert.“

Zur Begründung siehe das komplette Dokument, das uns vom Integrationsbeauftragten der Stadt zur Verfügung gestellt wurde http://www.forumaugsburg.de/s_1aktuelles/2008/09/30_auslaenderbeirat-fuer-save-me_beschluss.pdf

s. auch unseren Artikel:

kommunales/Migration und Flucht 26.7.2008

Unterstützt die Kampagne „save me“ des Augsburger Flüchtlingsrats durch Patenschaften!

[Antrag an die Stadt, 300 Flüchtlinge aufzunehmen](#)

Empfehlung des Agendabeirats und des Ausländerbeirats für die Stadtratssitzung am 31.7.2008